

17.11.1915

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**Um das Getreidemonopol.**

Die Regierung hält sich noch in Schweigen und obwohl die Bauern im Banat schon die Garbenbänder stricken und die Sensen dengeln, wissen wir noch immer weder was wir und in welcher Weise wir etwas von Ungarn bekommen, noch auch, in welcher Weise wir über unsere neue Ernte verfügen werden. Noch geheimnisvoller tun die Ungarn. Die agrarische Hauptorganisation Ungarns, der Landesagrikulturrein, hat sich den Staatssekretär Ottlik kommen und durch Daranyi fragen lassen, wie die neue Ernte „verwertet“ werden solle. Nicht auf die Billigkeit des Konsums, sondern auf die Verwertung ihrer Produktion kommt es natürlich den Herren an; dabei haben sich die Agrarier drüben und hüben eine neue Agitationsweise gegen das Großhandelsmonopol beigelegt, indem sie so tun, als ob es sich um ein Finanzmonopol, also um eine Form der indirekten Besteuerung zu Gunsten des Staates handelte. Am Ende wären die Betzaren auch imstande, die Kriegsnot zu solchen Fiskalmaßnahmen zu mißbrauchen, insbesondere wenn die österreichischen Konsumenten eine solche Getreidekonsumsteuer zu zahlen hätten. Große Vorsicht wird not tun, wenn die österreichischen Unterhändler den Uebernahmspreis der ungarischen Frucht vereinbaren. Man weiß nicht recht, in welchem Sinne Ottlik versichert, es handle sich um einen Verteidigungskrieg gegen die feindliche Aushungerungspolitik. Soll die einheimisch-agrarische Aushungerungspolitik geschützt werden gegen die feindliche oder der Konsument gegen die eine wie die andere? Gewiß meint Ottlik das letztere. Begrüßt muß die offene Erklärung werden: Wir Ungarn haben nicht nur für unsere eigene Versorgung Verfügungen zu treffen, sondern auch zur Deckung des Bedarfes Oesterreichs, ja bis zu einem gewissen Maße des verbündeten Deutschen Reiches beizutragen. Ueber die Frage des Preises äußert sich Ottlik dahin, daß er noch von der Größe der Ernte abhängt. Lehnt er das Großhandelsmonopol auch ab, so stellt er doch eine staatliche Regelung in Aussicht, man kann also begierig sein, welche besondere unkopierte Methode die Ungarn erfinden werden, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen.

In Oesterreich gehen die Beratungen fort, Versammlungen fassen weiter Beschlüsse, zuweilen werden die Debatten auch etwas hitzig. Im Zentralverband der Getreidehändler, in dem Herr Friß Mendl „für diesen Zeitpunkt“ das Monopol

bekämpft, hat eine breite Wechselrede unter dem Vorsitz des Kommerzialrates Tauffig stattgefunden, eines in Militärleferungen erfahrenen Mannes. Die Verhandlungen offenbarten sehr weitgehende Meinungsverschiedenheiten, aber kaum einen neuen Gesichtspunkt. Indessen überwog auch in diesem Kreise die Auffassung, daß ohne eingehende staatliche Regelung eine zweckmäßige Verteilung der neuen Ernte unmöglich sei.

Die Wiener Bäckergenossenschaft hat sich gleichfalls für die staatliche Regelung entschlossen. Dabei lief allerdings viel Unklarheit unter, die durch die falsche Organisation der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt hervorgerufen ist. Hätte man sich klipp und klar auf den Standpunkt des Monopols gestellt, so wäre die nächste Frage gewesen: Welcher Art Monopol? Dann hätte sich rasch gezeigt, daß ein Monopol des Großhandels mit anschließender Detailpreisfestlegung und Konsumeinschränkung genügt hätte. Worauf kommt es an? Die Vorräte, die sich so gern verstecken, herauszuholen und zu sammeln. Ist das geschehen, so kann es dem Konsum sehr wohl überlassen bleiben, sich aus diesem Vorrat selbst zu decken. Denn er hat das dringende, zwingende, stets befristete Bedürfnis nach Ware und sucht sie selbst, hier tut Reglementierung nicht mehr not und ein Zuvielbeziehen ist ausgeschlossen, da ja der Inhaber des Monopols nur abgibt, was dem nachgewiesenen Bedürfnis entspricht. Die große Schwierigkeit der Ernte besteht auf der Seite des Angebots und nicht der Nachfrage. Darum genügt das Großhandelsmonopol mit Detailpreistagen. Der unbestimmte Ausdruck des monopolartigen oder gar nur der bevorrechteten staatlichen Regelung ist aller begrifflichen Schärfe feind und verführt leicht zu Mißverständnissen und Mißgriffen. Nichts in der Welt kann hindern, daß die Bäcker nach wie vor ihr Mehl aus den Mühlen beziehen, wie sie's gewohnt sind, wenn alles Mehlgut vorweg Eigentum der Kriegs-Getreidegesellschaft ist. Warum dabei die Zwischeninstanz von Bürgermeistern und Bezirkshauptleuten unerläßlich sein soll, wird niemand begreifen.